Morgen-Ausgabe.

Bezugspreis
Mit Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nr. 5363 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich: Hans Paulus in Halle.

[Fernsprecherverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg rc.]
Anschluß-Nr. 170.

Saale-Zeitung.

Nommundsteuerpflichtiger Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen.
Reklamen die Zeile 60 Pfg.
Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Nachdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 23. Halle a. d. Saale, Dienstag den 15. Januar 1895.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Berlin, 14. Jan. Der Kaiser fuhr heute, bei der Rückkehr von einem Thiergartenausfluge, beim Reichskanzler an, um dessen Vortrag entgegenzunehmen, und arbeitete später im Königl. Schloß mit den Chefs des Militär- und des Civilkabinets, sowie mit den Chefs der verschiedenen Marineressorts.

Die Sitzung des Reichstages.

XX **Berlin, 14. Jan.** Der Reichstag erledigte heute zunächst einige Rechnungssachen. Bei der Berathung der Uebersichten der Reichseinnahmen und -Ausgaben für 1893/94 rügte Abg. Richter die zahlreichen Etatsüberschreitungen, die namentlich für die Kolonien vorgekommen seien. Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe betritt den Saal. Es folgte die Interpellation Dr. Hasse: Was gedenkt der Reichskanzler zu thun, angesichts der vielfachen Klagen über den mangelnden Schutz der Deutschen im Auslande, insbesondere in Centralamerika? Zur Begründung der Interpellation nahm Abg. Dr. Hasse das Wort. Der nationalliberale Redner wies in warmen Worten auf das große Ansehen und den kräftigen Schutz der Deutschen im Auslande unter dem Fürsten Bismarck hin. Seit dem Rücktritt des alten Reichskanzlers sei hierin ein Umschwung eingetreten. Die Deutschen sagten: „Das alte Ansehen ist nun fort, wir müssen uns drücken von Ort zu Ort." Unter dem Grafen Caprivi seien unsere Beziehungen zu Chile schwer geschädigt worden, ebenso zu Columbia durch Aeußerungen desselben bei der Berathung des Handelsvertrages mit jenem Lande. Die Politik Caprivi's sei ein Vergleich nach allen Seiten gewesen, ein Bemühen, durch Zugeständnisse den Frieden zu erhalten. Es müsse eine neue Organisation unserer überseeischen Vertretungen vorgenommen werden, auch der häufige Personenwechsel sei zu vermeiden. Die deutsche Flagge müsse öfter über See gezeigt werden. Staatssekretär v. Marschall beantwortete die Interpellation und nahm zunächst den Grafen Caprivi gegen die Beschwerden des Vorredners in Schutz, die er zum Theil als ungerecht, zum Theil als übertrieben darstellte. Soweit sie begründet seien, werde Abhilfe eintreten. Die Instruktionen an die Vertreter im Auslande stammten aus der Zeit des Fürsten Bismarck. Wenn die Regierung festen Boden zu Beschwerden unter den Füßen habe, pflege sie auch mit Nachdruck und Entschiedenheit vorzugehen. Gegenüber den vorgebrachten Einzelfällen versuchte der Staatssekretär allerlei Berichtigungen. Herrn Peyer ließ er fallen. Schließlich empfahl auch er in warmen, wirkungsvollen Worten die Vermehrung unserer Panzerflotte. Abg. Rickert beantragte Besprechung. Die Unterstützung reichte aber nicht aus. Es folgte die Interpellation v. Heyl über die Handwerkerkammern. Nach eingehender Begründung durch den Antragsteller ergriff Minister v. Boetticher das Wort und erkannte die Nothwendigkeit an, dem schwerleidenden Handwerkerstande nach Möglichkeit durch die Gesetzgebung entgegen zu kommen. Die Vorberathungen über eine Organisation des Handwerks zwischen dem Reich und Preußen schwebten noch. Ueber den Plan des Ministers von Berlepsch seien die Ansichten verschieden. Die Korporationen des Handwerks hielten an ihrer alten Forderung obligatorischer Innungen fest. Die Reichsregierung müsse an der Hand der geäußerten Bedenken weiter prüfen. Es seien neue Entwürfe ausgearbeitet worden, welche dem Bundesrath in Bälde zugehen würden. Es würde aber kein Bruch mit der alten bewährten Gesetzgebung gemacht werden. Preußen habe schon vom großen Kurfürsten an gegen Zunftzwang gekämpft. Die Schaffung von Handwerkerkammern sei möglich und erwünscht, und das preußische Gesetz über die Landwirthschaftskammern biete hierfür ein Vorbild. Die Art der Wahlen müsse freilich eine andere sein. Solche Handwerkerkammern könnten durch ihre Gutachten und ihre Mitwirkung für den weiteren Ausbau der Organisation des Handwerks, auch für die Gesetzgebung, sehr nützlich sein. Er hoffe, daß sich Mittel und Wege zur Erreichung dieses Zieles finden ließen. Abg. Hitze beantragte Besprechung und das Haus beschloß demgemäß. Die Verhandlung wurde auf Dienstag 2 Uhr nachmittags vertagt.

Die Landtagssession.

§§ **Berlin, 14. Jan.** Morgen tritt der preußische Landtag in seine neue Session ein. Er wird voraussichtlich dem Reichstag diesmal an Wichtigkeit nicht gleichkommen. Von großen Vorlagen für den Landtag hat überhaupt nichts verlautet. Es herrscht auf allen Verwaltungsgebieten eine gewisse Erschöpfung des Stoffes nach vorangegangenen großen Leistungen. Immerhin werden sich neben dem Staatshaushalt noch so manche kleinere Vorlagen zusammenfinden, sodaß Arbeitsstoff genug vorhanden sein wird. Man wird auch einer verhältnißmäßig ruhigen Session entgegensehen können. Der kirchenpolitische Streit hat sich so erschöpft, daß er vom Centrum nur noch künstlich fortgeführt wird, um im katholischen Volke den Glauben nicht aufkommen zu lassen, daß die Kirche jetzt keine berechtigten Beschwerden mehr habe. Sehr bezeichnend hat Herr v. Bennigsen neulich im Reichstage darauf hingewiesen, daß er als Oberpräsident in den Verhandlungen mit den Bischöfen seiner Provinz niemals ähnliche Klagen vernommen habe, wie sie das Centrum fortwährend vorbringe. Der „Kulturkampf" ist eben durch Nachgiebigkeit des Staates thatsächlich erloschen und der Anschein, als ob er noch bestehe, kann nur noch mühsam bewahrt werden, um das Centrum als politische Macht aufrecht zu erhalten. Lebhafte Verhandlungen wird wohl wieder der landwirthschaftliche Nothstand hervorrufen. Es tritt ein neuer Minister dieses Faches auf und es ist die Rede von allerlei Maßregeln zur Erleichterung der Lage der Landwirthschaft. Wir wollen hoffen, daß die Erregung bei dem guten Willen, der die Regierung und die große Mehrheit der Volksvertretung beseelt, auch in den landwirthschaftlichen Kreisen allmälig nachläßt. Ein neuer Zug in das Bild des Landtags kommt auch dadurch, daß er wieder den Reichskanzler zum Ministerpräsidenten und einen neuen Minister des Innern hat. Und nun heißen wir unser zweites großes Parlament willkommen, mit dem Wunsche, es möge erfolgreiche Arbeit vollbringen.

Die kommunale Weinbesteuerung.

Wie schon früher gemeldet ist, wird dem Reichstag jedenfalls noch in der laufenden Tagung ein Gesetzentwurf zugehen, der sich mit einer Aenderung des Zollvereinigungsvertrages bezüglich der kommunalen Weinbesteuerung beschäftigt. Gegenwärtig ist es bekanntlich nur den Kommunen in den eigentlichen Weinländern, zu welchen Bayern, Württemberg, Baden, Großherzogthum Hessen und Nassau gehören, gestattet, eine Gemeindesteuer vom Wein zu erheben. In dem in Aussicht stehenden Gesetzentwurf soll nun, den offiziösen „Berl. Pol. Nachr." zufolge, einmal entsprechend dem schon in dem Weinsteuergesetzentwurf der vorigen Tagung enthalten gewesenen Vorschlage diese Befugniß auf sämmtliche Gemeinden Deutschlands ausgedehnt werden. Sodann soll es in der Absicht liegen, eine Höchstgrenze für die Besteuerung in der Weise festzulegen, daß die kommunale Weinsteuer niemals über etwa 10 Proz. des Werthes hinausgehen darf. Schließlich soll eine Frist festgesetzt werden, in welcher es denjenigen Kommunen, die auf Grund der bisherigen gesetzlichen Bestimmungen eine den Maximalsatz überschreitende Weinsteuer eingeführt haben, noch gestattet sein soll, diese zu erheben. Der kommunalen Weinbesteuerung würden neben dem Naturwein auch Schaumwein und Kunstwein unterliegen.

Zum Antrag Kanitz.

Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe hat es zunächst abgelehnt, einen Kommissar an den Berathungen der von der wirthschaftlichen Vereinigung eingesetzten Kommission über den Antrag Kanitz theilnehmen zu lassen; die Frage soll erst im preußischen Staatsministerium geprüft werden.

Verschiedene Mittheilungen.

* Diesen Mittwoch findet beim Reichskanzler Fürsten Hohenlohe ein parlamentarischer Abend statt. Zu dieser Festlichkeit sind an die höheren Beamten und Abgeordneten fast aller Parteien Einladungen ergangen, von Konservativen z. B. an Frhrn. v. Manteuffel und v. Saurma, vom Centrum an Graf Hompesch, von der Freisinnigen Vereinigung an Herrn Rickert.

* Im Wahlkreise Eschwege-Schmalkalden stellte die von uns gestern bereits erwähnte, am Sonntag in Eschwege abgehaltene stark besuchte Versammlung von Vertrauensmännern der nationalliberalen und der freikonservativen Partei nach einem Vortrage des Reichskommissars Peters diesen einstimmig als mittelparteilichen Kandidaten auf.

* Der vielgenannte Exjesuit Graf Paul von Hoensbroech ist am Sonntag in Berlin in der Dreifaltigkeitskirche zur evangelischen Kirche übergetreten. General-Superintendent Dr. Dryander hat ihn vorbereitet und ihm das Abendmahl gereicht.

* Zu der Nachricht, daß Prediger D. Lisco in Rummelsburg wegen seiner mit der Auffassung der Kirchenbehörde nicht übereinstimmenden Ueberzeugung über die Agende auf seinen Antrag vom Amte suspendirt und in Disziplinaruntersuchung gezogen worden sei, bemerkt die „Kreuzztg.": „Es handelt sich bei der Disziplinar-Untersuchung usw. nicht etwa um die neue Agende, sondern um eine unzulässige, willkürliche Behandlung der alten Agende in einem wichtigen Punkte. Nach der von uns eingezogenen Erkundigung ist anzunehmen, daß bei dieser Angelegenheit nicht die Aktion der Partei, der der Prediger D. Lisco angehört, in Frage steht. Ferner erscheint nach allem, was wir hören, die Ueberzeugung begründet, daß die Behörde, durch die Sachlage genöthigt, willens ist, mit Nachdruck ein wesentliches Interesse der kirchlichen Ordnung zu wahren." — Was die „Kreuzztg." unter „kirchlicher Ordnung" versteht, kann man sich ja leicht denken.

* Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht das Protokoll, das über die Hinrichtung des wegen der Ermordung des Reichsangehörigen Franz Neumann zum Tode verurtheilten Marokkaners Abdelcader ben Saleh Ducali von dem kaiserlichen Viceconsul in Casablanca aufgenommen ist.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Der Kaiser ernannte am 12. d. M. 24 Herrenhausmitglieder auf Lebensdauer; unter ihnen befinden sich der Minister des Innern Marquis de Bacquehem, der Botschafter Graf Wolkenstein, der ehemalige Unterrichtsminister v. Gautsch, die wiener Universitätsprofessoren Albert, Widerhofer und Exhlarz usw.

Die Liste des neuen ungarischen Kabinets, welche am Montag dem Könige vorgelegt wurde, lautet wie folgt: v. Banffy, Präsidium, Ladislaus Lukacs, Finanzen, Desiderius Perczel, Inneres, Alexander Erdelyi, Justiz, Graf Festetitsch, Ackerbau, Wlassics, Unterricht und Kultus, Ernst Daniel, Handel, Fejervary, Landesvertheidigung und provisorisch a latere, Josipovitsch, Minister für Kroatien. Am Donnerstag hält das neue Ministerium eine Sitzung ab, in welcher das Programm festgesetzt wird.

Ueber die Sitzung des Landtages für Istrien vom Montag wird aus Parenzo gemeldet: Im Landtage wurde der Antrag Benier in der Sprachenfrage trotz energischer Opposition des Vertreters der Regierung einstimmig angenommen. Die Redner, welche den Antrag befürworteten, wurden von der Gallerie mit lebhaftem Beifall begrüßt, dagegen rief die Protestrede des Vertreters der Regierung bei den Abgeordneten wie auf der Gallerie heftigen Widerspruch hervor. Nach Verkündigung der Beschlüsse betr. die Sprachenfrage erklärte der Regierungsvertreter den Landtag für geschlossen und brachte ein Hoch auf den Kaiser aus, in welches die Abgeordneten einstimmten.

Italien. Die „Tribuna" veröffentlicht Briefe ihres afrikanischen Korrespondenten vom 27. und 30. Dez., aus denen hervorgeht, daß der Aufstand Batta Agos im Einverständniß mit Rao Mangscha und König Manchit erfolgte. Der Korrespondent behauptet, daß das Komplott unter Betheiligung von Franzosen zu stande gekommen sei. Gleichzeitig mit der Erhebung Batta Agos seien sämmtliche Tigriner Truppen in drei Kolonnen gegen die Grenze von Erythräa marschirt, nach den Berichten zusammen 15,000 Mann.

Frankreich. Ueber Nacht hat Frankreich wieder einmal eine Ministerkrise erhalten. Und das kam so. In der Deputirtenkammer interpellirte am Montag der Abg. Millerand wegen der Demission des Ministers Barthou und sagte, die Regierung habe den Prozeß wegen der Zinsgarantie für die Südbahn vor dem Staatsrathe anhängig gemacht, die Entscheidung des letzteren treffe somit das ganze Kabinet. Der Redner tadelte die Regierung, weil sie die Frage der Zinsgarantie dem Staatsrathe unterbreitet habe, und beantragte schließlich, daß eine Untersuchung eröffnet werde, um zu prüfen, ob Raynal, der Urheber der Uebereinkunft mit der Südbahn, in Anklagestand zu versetzen sei. Der Abgeordnete, ehemalige Minister Raynal, entgegnete Millerand und behauptete, im Laufe der Unterhandlungen zum Abschlusse der betreffenden Konventionen sei niemals von einer immerwährenden Zinsgarantie die Rede gewesen. Zum Schlusse seiner Rede sagte Raynal, er sei mit einer Untersuchung in der Frage der Zinsgarantie einverstanden und sei gewiß, die skandal- und verleumdungssüchtigen Persönlichkeiten wiederlegen zu können. (Beifall im Centrum, Unterbrechungen auf der äußersten Linken.) Ministerpräsident Dupuy erklärte, nach den Worten Raynal's sei die Regierung mit einer Untersuchung einverstanden. (Beifall.) Barthou erklärte hierauf, er habe seine Entlassung genommen, weil er den Eisenbahngesellschaften gegenüber nicht in seinem Ansehen geschwächt hätte dastehen wollen. (Anhaltender Beifall.) Goblet behauptete, die Frage der Dauer der Zinsgarantie sei nicht endgiltig entschieden worden. Hierauf wurde die von der Regierung genehmigte Resolution, nach welcher eine Untersuchungskommission ernannt werden soll, mit 253 gegen 225 Stimmen angenommen. Unter lebhafter Bewegung begann die Kammer die Abstimmung über die Tagesordnung. Für eine Tagesordnung Pourquoi, durch welche die Regierung aufgefordert wird, den Rechten des Staates Achtung zu verschaffen, wird die Priorität bewilligt. Ministerpräsident Dupuy erklärt, die Tagesordnung nicht anzunehmen. (Die Bewegung nimmt zu.) Die Tagesordnung Pourquoi wird mit 264 gegen 246 Stimmen abgelehnt. Eine von einem Deputirten eingebrachte, von Dupuy nicht genehmigte Tagesordnung wird mit 266 gegen 250 Stimmen abgelehnt. Hierauf werden neue Tagesordnungen eingebracht, von denen Dupuy nur diejenige Trelak's annimmt, welche die Achtung der Kammer vor dem Prinzipe der Gewalten ausdrückt. Die Kammer lehnt die Priorität für diese Tagesordnung mit 263 gegen 241 Stimmen ab, worauf die Minister den Saal verlassen und sich nach dem Elysée begeben, um ihre Demission einzureichen. Die Kammer nimmt hierauf einstimmig eine Tagesordnung Krentz an, in welcher erklärt wird, daß die Rechte des Staates gewahrt werden sollen. An der Abstimmung über die Tagesordnung nahmen 329 Deputirte theil. Darauf vertagte sich die Kammer bis Sonnabend. Als die Minister den Saal verließen, ertönten auf der äußersten Linken einige Beifallsrufe.

England. Der „Birminghamer Post" zufolge ist zwischen dem ersten Lord der Admiralität Spencer und dem Schatzkanzler Harcourt betreffs der Verstärkung der Flotte im nächsten Finanzjahr ein Vergleich zustande gekommen, nach welchem, um die von Spencer verlangte Ausführung des Marineprogramms zu ermöglichen und der Demission des einen oder anderen Ministers vorzubeugen, eine Anleihe beschlossen wird, welche die Form kündbarer Annuitäten annehmen dürfte. Den Wählern gegenüber dürfte die Anleihe damit gerechtfertigt werden, daß das Geld größtentheils für permanente Bauten verwendet werden solle.

Serbien. Wie der „Köln. Ztg." aus Belgrad gemeldet wird, will die Regierung abermals eine weit verzweigte Verschwörung gegen den König entdeckt haben. Bisher sind etwa 20 angeblichen Radikale verhaftet worden; die Verhaftungen werden fortgesetzt.

Nordamerika. Im Senate brachte am Montag Jones-Arkansas (Demokrat) eine Vorlage ein, durch welche der Schatzsekretär ermächtigt werden soll, 500 Millionen Dollars 2½ oder 3 prozentige Goldbonds mit 30jähriger Laufzeit, jedoch nach Belieben der Regierung nach 20 Jahren kündbar, auszugeben. Die Vorlage enthält ferner die Bestimmung, daß alle Noten unter 20 Dollars Silbercertifikate sein sollen, sie zielt unbeschränkte Silberausprägung und Verminderung der Steuer auf die Umlaufsmittel der Nationalbanken vor; seitens der Banken sollen keine Noten unter 20 Dollar ausgegeben werden.

Der Krieg in Ostasien. Nach einer amtlichen Depesche des Generals Nogi aus Kaiping sind 10,000 Mann Chinesen bei Erhtaoho zusammengezogen. Weitere Streitkräfte befinden sich in Yingkao und Laoyaten. — Wie eine Depesche aus Haicheng meldet, hat sich die Hauptmacht der chinesischen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18950115012/fragment/page=0001

Armee nach Kobohei zurückgezogen. General Nieh, welcher die Garnison von Kaiping kommandirte, fiel in die Hände der Japaner. Während des Rückzuges wurde das Pferd des Wagens, in welchem sich der General befand, getödtet, der General selbst wurde am Schenkel verwundet.

Deutscher Reichstag.

(Berlicht der Saale-Ztg.)

14. Sitzung vom 14. Januar, mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Freiherr von Marschall, Dr. von Bötticher, Dr. Graf Posadowsky.

Das Haus erledigt eine Anzahl Rechnungs-Sachen ohne Debatte durch Verweisung in die Rechnungskommission.

Bei der Berathung der Uebersichten der Reichs-Einnahmen und Ausgaben für 1893/94 bemerkt

Abg. Richter, die Budgetberathung habe doch sehr wenig Werth, wenn Etatsüberschreitungen in solchen Maßen vorkommen wie sie hier nachgewiesen werden. Der Löwenantheil falle auf die Kolonialetats. Er meine, wenn Etatsüberschreitungen nothwendig werden, sollte man, wenn der Reichstag versammelt sei, lieber Nachtragsetats einbringen. Die Mehrausgaben, namentlich für Ostafrika, seien für militärische Zwecke erfolgt, theure Expeditionen, Vermehrung der Artillerie usw. Diese Expeditionen hätten gar keinen Zweck, denn wenn dieselben das betr. Gebiet verlassen haben, sei alles wieder beim alten. Sie dienen nur dazu, das Innere des Schutzgebietes unsicher zu machen und das Bischen Karawanenhandel zu vernichten. Er wolle der Sache eine weitere Folge nicht geben und begnüge sich mit der gegebenen Anregung.

Auch diese Vorlage geht an die Rechnungskommission. Inzwischen ist der Reichskanzler Fürst Hohenlohe in den Saal getreten.

Es folgt nunmehr die Verlesung der Interpellation des Abg. Dr. Hasse (nl.) und Gen.:

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu thun angesichts der mehrfachen Klagen über den mangelnden Schutz der Deutschen im Auslande, insbesondere in Central-Amerika?

Staatssekretär Frhr. v. Marschall erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit. Daher erhält das Wort zu ihrer Begründung

Abg. Dr. Hasse (nl.): Zur Zeit der machtvollen Persönlichkeit des Fürsten Bismarck konnte das Deutschthum im Auslande auf den ausgiebigsten Schutz rechnen. Fürst Bismarck schritt nicht oft ein; wenn es aber geschah, erfolgte es in der nachdrücklichsten Weise, und die Wirkung war eine lange Zeit andauernde. Man hat darauf aufmerksam gemacht, Fürst Bismarck habe sehr engbegrenzte Instruktionen für den Schutz der Deutschen im Auslande gegeben und diese Instruktionen dauerten heute noch fort. Das mag sein, aber das Prestige des Fürsten Bismarck ersetzte eben das Fehlende. Seit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck ist ein Umschwung eingetreten. Die Deutschen sagen: „Das alte Ansehen ist nun fort, wir müssen uns drücken von Ort zu Ort." Das trifft namentlich auf die überseeischen Beziehungen zu. Nun darf der Starke freilich muthig einen Schritt zurückweichen. Aber als es sich um den Schutz der Deutschen in Chile handelte, hat der Reichskanzler Graf Caprivi über die Verwendung deutscher Kriegsschiffe Theorien entwickelt, die für die Weiterentwicklung unserer Beziehungen zu jenem Lande von nachtheiligstem Einfluß gewesen sind. Und bei der Berathung des kolumbischer Handelsvertrages erklärte Freiherr von Marschall, die Bestimmung, die dortige Regierung sei nur dann zum Schadenersatz verpflichtet, wenn ein Deutscher in politischen Vereinen Schaden erleide, sobald ihr eine culpa nachgewiesen sei, entspreche lediglich den völkerrechtlichen Grundsätzen; sonst setze man geradezu eine Prämie auf die Betheiligung an politischen Wirren. Diese Ansicht kann ich nicht theilen; im Gegentheil, ich muß feststellen, daß sie außerordentlich deprimirend gewirkt hat. Seit 1890 ist die Stellung der Deutschen im Auslande wesentlich geschwächt worden. Die Politik Caprivi war ein Vergleich nach allen Seiten, ein Bemühen, durch Konzessionen im Frieden zu leben. Das hat auch die überseeischen Staaten zu der Annahme veranlaßt, sie dürften die deutschen Interessen ungestraft verletzen. Es werde behauptet, die Gesandten im Auslande seien angewiesen, vor allem die Interessen der in Deutschland lebenden Deutschen wahrzunehmen, und nicht der Deutschen im Auslande. Er wisse allerdings nicht, ob eine solche Instruktion faktisch erlassen sei.

Man hat nun gesagt, das Deutsche Reich habe gar kein Interesse daran, für die zu sorgen und Anstrengungen zu machen, denen der Boden zu heiß geworden ist, und die dem Deutschen Reiche den Rücken gekehrt haben. Aber nicht alle gehören zu diesen Abenteurern, die Mehrzahl sind Pioniere deutscher Kultur, Industrie und deutschen Handels, und daß die deutsche Industrie ein lebhaftes Interesse daran hat, im Auslande Absatzgebiete zu haben, wird darum niemand in Abrede stellen können. Man hat weiter gesagt, die Deutschen im Auslande kümmerten sich erst dann um die alte Heimath, wenn es ihnen schlecht geht. Das trifft auch nicht überall zu; aber ich frage auch, ob die Reichsregierung es den Deutschen leicht gemacht hat, sich ihre Nationalität zu erhalten. Das Gegentheil ist der Fall, man sucht die deutschen Angehörigen im Auslande möglichst rasch abzuschütteln und los zu werden. Die offiziöse Presse hat noch in letzter Zeit wieder ausgeführt, wer sich in Gefahr begiebt, kommt darin um oder soll sich selbst helfen. Thun sie das letztere aber, dann wird es ihnen auch zum Vorwurf gemacht. Zahllose Klagen sind seit Jahresfrist eingegangen; ich will heute nur eine kleine Auswahl daraus treffen; auf die Benachtheiligung der Deutschen durch die bankerotten Staaten Portugal, Griechenland und Argentinien will ich nicht eingehen und nur anregen, ob man sie nicht wie Egypten unter europäische Vormundschaft stellen könne. Ich widerstehe auch der Versuchung auf die Beschwerden der Deutschen infolge der Uebergabe Witus an England, auf die Klagen über die Handlungsweise des Konsuls in Birmingham, auf die Behandlung der Deutschen in Frankreich ꝛc. einzugehen. Ich wollte die Beschwerden der Händler in Palästina und Jaffa zur Sprache bringen, die veranlaßt sind durch das türkische Grundbuchrecht; ich unterlasse es; Herr Siegle wird es beim Etat anregen. Die Deutschen dort sind seit dem Juli v. J. ohne Antwort geblieben und haben sich darum an den König von Württemberg gewendet. Das ist doch nicht der normale Weg in Angelegenheiten, die zur Kompetenz des auswärtigen Ressorts gehören. Vielleicht ist die beruhigende Erklärung des Reichskanzlers vor einigen Tagen auf den Einfluß des Königs von Württemberg zurückzuführen. In Südbrasilien hat der deutsche Vertreter ebenfalls berechtigte Beschwerden von Deutschen zurückgewiesen. Ich komme nun zu Centralamerika, wo der Konsul Peyer die deutschen Interessen zu vertreten hat. Von allen Seiten sind Klagen über ihn eingelaufen. Wenn ich auch hier nicht schmutzige Wäsche waschen will, so muß ich doch auf die Charakteristik dieses Herrn Peyer eingehen. Gestern erst habe ich einen Brief von einem Herrn Heckel in Hamburg bekommen, wonach Herr Peyer die Deutschen zu einem Glase Bier einlud, aber abreiste, ohne die Rechnung zu bezahlen. Der Fall Prowe ist allgemein bekannt. Es handelt sich kurz darum, daß Prowe, der nur als Arzt an dem Feldzuge sich betheiligt hatte, von einem General insultirt und ausgewiesen worden ist. Die Regierung von Salvador war darauf gefaßt, Satisfaction geben zu müssen, und war bereit, 90,000 M. zu zahlen. Das bestätigt auch der erwähnte Brief des Herrn Heckel. Der Gesandte aber verlangte nichts, und die Folge war eine Schwächung des Deutschen Reiches. Herr Dr. Prowe selbst will gar nichts haben und ist bereit, wenn die Summe zur Auszahlung gelangen sollte, sie wohlthätigen Zwecken zu überweisen. Ein Herr Matthis wurde als Spion festgenommen, beraubt, eingesperrt und ausgewiesen. Er sollte sogar erschossen werden, das wurde nur verhindert durch das energische Auftreten des Wahlkonsuls Augsburg, der aber von dem Gesandten Peyer nicht unterstützt wurde. Matthis hat sich später an dem Aufstande betheiligt und mit der Waffe in der Hand sich selbst sein Recht verschafft. Das sind eben die Folgen derartigen Verhaltens. Im Falle Ruhncke stellten die Offiziösen die Sache so dar, als sei Ruhncke eine Art Landsknecht. Das ist aber keineswegs der Fall; er war vielmehr auch ein Pionier der deutschen Industrie, der sich allerdings später leider in Beziehungen zu Czeta eingelassen hatte. Auch er wurde wegen Spionage gefangen gesetzt und gefoltert, so daß er geisteskrank wurde. Trotzdem wurde er zum Tode verurtheilt; erschossen wurde er nicht. Der Bruder wurde davon nicht einmal benachrichtigt. Daß er nicht erschossen wurde, ist nicht dem deutschen Gesandten zu verdanken, sondern dem energischen Verhalten des Kapitäns eines deutschen Handelsschiffes Namens Wommelsdorf. Der deutsche Gesandte hat sich seines Landsmannes nicht angenommen. Daß Ruhncke sich seiner deutschen Nationalität entäußert hätte, kann ich nach dem Wortlaut des Gesetzes über den Erwerb und den Verlust der deutschen Reichsangehörigkeit nicht als richtig anerkennen. Aber jedenfalls wäre es ein Gebot der Menschlichkeit gewesen, sich dieses Mannes anzunehmen. Ich wende mich zum Fall Juhl; Herr Juhl ist ein Plantagenbesitzer, der eines Tages Haus und Hof geplündert fand; der betr. General, der die Plünderung vollzog, theilte ihm außerdem unter den beleidigendsten Ausdrücken triumphirend mit, er habe die auf dem Hause aufgehißt gewesene Flagge herabgeholt und zerrissen. Ferner soll Herr Peyer die deutschen Landes-Interessen nicht genügend gewahrt haben gegenüber dem von Guatemala mit den Vereinigten Staaten abgeschlossenen Handelsvertrage. Es handelt sich hier auch jetzt gar nicht um die handelspolitische Seite der Sache, sondern um die Person des Herrn Peyer, der sich auch hier seiner Stellung nicht gewachsen zeigte und von den Dingen vollkommen überrascht wurde. Ich könnte noch vieles andere zur Sprache bringen, das auf die bureaukratische Behandlung seitens des Herrn Peyer ein bezeichnendes Licht wirft. Die deutsche Presse im Auslande bezeichnet die Deutschen dort als vollkommen schutzlos und meint, es würde mindestens 30 Jahre und Ströme von Blutes und vieler Millionen bedürfen, um das Ansehen der Deutschen wieder so herzustellen, wie es bis 1890 war. Der Brief eines früheren deutschen Offiziers, den die „National-Ztg." zum Abdruck brachte, beweist auch, wie sich alles das in Geld umsetzen läßt.

Was soll nun zur Abhilfe geschehen: Es wird vor allem die Abänderung des Gesetzes über den Erwerb und Verlust der deutschen Reichsangehörigkeit erfolgen und ungeeignete Vertreter werden abberufen werden müssen. Eine weitere Klage der Deutschen im Auslande ist der häufige Wechsel der Vertreter Deutschlands. Ob ihnen auch schärfere Instruktionen zu ertheilen sein werden, wage ich nicht zu beurtheilen. Doch wird die Autorität der deutschen Vertretung durch häufigere Entsendung deutscher Kriegsschiffe gestärkt werden müssen. Man wird sagen, wenn ihr das wollt, dann sorgt für die Bewilligung der Marineforderungen. Vielleicht genügen aber auch schon die vorhandenen Schiffe. Im vorigen Jahre waren etwa 50 Schiffe zu Paraden und Uebungen in der Ostsee versammelt. Vielleicht konnten davon einige im Auslande verwendet werden und dort ihre Uebungen machen. Es wird mit Recht darauf hingewiesen, daß deutsche Kriegsschiffe mit großem Erfolg im Auslande thätig gewesen sind, z. B. in Chile. Allerdings hat Graf Caprivi erst nach langem Drängen sich damals dazu entschlossen, Schiffe nach Chile zu entsenden, während die Entsendung von Schiffen nach der Delagoabay vom Grafen Caprivi aus eigenem Antriebe erfolgte. Das muß anerkannt werden. Aber im allgemeinen muß doch ein Umschwung in unserer Vertretung im Auslande eintreten. Gerade in der jetzigen Zeit sollte man das Selbstbewußtsein im deutschen Volke stärken und kräftigen, und wenn das geschehen soll, so, daß wir muthvoll in die Zukunft blicken können, muß man im Sinne meiner Ausführungen handeln. Wenn die Regierung wünscht, daß sich in diesem Hause das nationale Selbstbewußtsein mehr rege, so muß man in dieser Richtung Abhilfe schaffen, damit der Deutsche im Auslande, wie in den Jahren von 1870—1890, stolz erhobenen Hauptes umhergehen kann und sicher ist, daß, wenn irgend ein Freckling sich an ihm vergreifen will, Deutschland ihn nicht im Stiche läßt.

Staatssekretär Frhr. v. Marschall: Dem Vorredner bin ich dankbar, daß er meinem Wunsche, die Dinge hier im Reichstage zur Sprache zu bringen, so bereitwillig und schnell gefolgt ist. Wenn er aber Herrn Grafen Caprivi den Vorwurf gemacht hat, seine auswärtige Politik sei ein fortwährendes Verneigen vor dem Auslande, so ist das ungerecht. Man kann die Politik des Fürsten Bismarck noch so hoch schätzen, er ist seiner schweren Aufgabe der Vertretung der deutschen Interessen während vier Jahren mit voller Hingabe gerecht geworden. (Beifall.) Der Vorredner hat ausgeführt, daß Deutsche im Auslande mißhandelt worden seien, ohne daß die deutschen Vertreter einen Finger für sie erhoben, ja, daß sie eine Hilfe selbst auf dringendes Bitten mit nichtigen Worten verweigert haben. Das ist in der That geeignet, unser Nationalgefühl zu verletzen und der Vorredner hat recht: es ist mehr als jemals Zeit, dahin zu streben, unser Nationalgefühl zu stärken. (Lebhafter Beifall.) Man muß aber doch in jedem einzelnen Falle prüfen die Persönlichkeit und die ganzen Verhältnisse. Man kann den Deutschen im Auslande auf keinen Fall das gewähren, was sie im Inlande nicht haben, nämlich, daß für alle seinen Handlungen das gesammte Deutschland eintritt, so daß er sich sagen kann: Du kannst machen, was du willst, man wird dir immer helfen. Es sind doch neben den guten und braven Leuten auch unruhige Köpfe, die dort hinübergehen, die sich schnell amalgamiren und sich in allerlei Dinge mischen, die sie nichts angehen; die dann darüber skandalisiren, daß noch nicht einmal ein deutsches Kriegsschiff da sei, sie zu schützen. In erster Reihe bedürfen des Schutzes die wirklichen Pioniere deutscher Arbeit, die es aber durchaus nicht für eine Forderung, sondern für eine Schädigung ihrer Interessen halten, wenn fortwährend bei der dortigen Regierung reklamirt wird wegen Dingen, die sich dazu gar nicht eignen, die aber trotzdem zu internationalen Fragen aufgebauscht werden. Wie jemand, der einen Prozeß verloren hat, sehr geneigt ist, zu sagen, es gebe überhaupt kein Recht mehr, so behauptet sehr leicht der, dessen Reklamation abgewiesen worden ist, die Deutschen seien vollkommen schutzlos. Der Vorredner hat das ganze Auftreten der deutschen Vertretung im Auslande auf meine Worte zurückgeführt, wenn jemand ins Ausland geht, müsse er auch das Risiko tragen. Aber diese Worte habe ich nicht zuerst gebraucht, sondern Fürst Bismarck hat sie zuerst angewendet. Man muß doch bedenken, daß ein Mann, der in ein Land mit schlechter Justiz und Verwaltung geht, dort nicht denselben Schutz und dieselbe Sicherheit zu finden hoffen darf, wie er in Deutschland genossen hat. Nun haben noch dazu manche Deutsche sich in die inneren Angelegenheiten der auswärtigen Staaten gemischt, sich an Revolutionen betheiligt ꝛc. Ich erkläre, daß der Deutsche, der das thut, einen rechtlichen Anspruch auf Schutz und die Hilfe für die Folgen seines ungesetzlichen Handelns nicht hat, wobei dem deutschen Vertreter anheimgegeben ist, was er etwa aus Menschlichkeit thun will. Zwischen der amtlichen Reklamation, die immer eine ernstliche Sache ist, und dem absoluten Nichtsthun ist eine breite Mittelstraße. Der Vertreter verdient das höchste Lob, der am meisten für die deutschen Interessen erreicht, dabei aber am wenigsten reklamirt. Das hängt wesentlich von seiner Persönlichkeit ab und davon, daß er es verstanden hat, bei der fremden Regierung die Ueberzeugung zu erwecken, daß hinter ihm die Macht des Deutschen Reiches steht. Das läßt sich freilich nicht von hier reglementiren.

Ich kann nicht auf alle Spezialfälle eingehen und will nur einige herausgreifen. Da ist nun zuerst der Fall Matthies. Ich will vorausschicken, daß ich in keiner Weise den Patriotismus und die Ehrenhaftigkeit der Herren, besonders nicht des Herrn Dr. Prowe bezweifle, doch hätte ich gewünscht, daß er seinen Plänen, die Welt zu verbessern, etwas mehr die Zügel angelegt hätte. Also der Fall Matthies. Letzterer kam im Sommer 1890, als Czeta zum Präsidenten von Salvador gewählt war, und da Guatemala denselben nicht als solchen anerkennen wollte, zwischen den beiden Staaten ein Krieg unmittelbar bevorstand, von Guatemala nach Salvador. Dort wurde er gefangen, verhört und, wie Dr. Prowe erzählt, mißhandelt. Aber Herr Prowe hat nicht angegeben, daß Herr Matthies in seiner Tasche eine gegen Salvador feindselige Proklamation und außerdem Briefe kompromittirenden Inhalts hatte. Er hätte doch vor allem bei seinem Uebertritte nach Salvador doch seine Taschen nachsehen müssen, ob sich nicht solche Dinge darin fänden. Herr Prayer hat in diesem Falle innerhalb seiner Pflicht gehandelt. Was nun den Fall Prowe anlangt, so hatte derselbe für seine Dienste zur Bedingung gemacht, daß die spanischen Instructeure aus der salvadorischen Armee entlassen werden sollten. Daraufhin wurde er bei einer Gelegenheit von einem spanischen General thätlich angegriffen und es entstand daraus eine Forderung. Nun hat Czeta ihn verhaften lassen. Später wurde er dann aus der Haft entlassen und ging nach Guatemala. Aber Czeta war nach den dortigen Gesetzen berechtigt, den Herrn Prowe zu verhaften. Die englische Regierung hätte in einer solchen Frage gar keinen Finger gerührt. Was die Vorgänge in Salvador betrifft, so ist die Thatsache nicht zu leugnen, daß bei den dortigen Revolutionen vielfach Deutsche sich betheiligt haben; da muß man doch sagen, daß die Aufgabe des deutschen Vertreters, der die Instruktion hatte, sich des Schutzes der Deutschen anzunehmen, sich aber nicht in die inneren Angelegenheiten zu mischen, keine leichte war. Nachdem Czeta geschlagen war, ereignete sich der Fall Juhl, dessen Haus exstirpirt wurde, wobei die deutsche Flagge herabgerissen wurde. Der die Fahne abnahm, war ein General Müller, General in der Revolutionsarmee (Heiterkeit). Nun sollen die Deutschen in Salvador sich vergeblich in einem Telegramm an den Gesandten Peyer gewandt haben. Ich verhehle nicht, daß ich dieses Verhalten des Gesandten Peyer bedauere, denn wenn ihn die Deutschen rufen, so hat er Folge zu leisten. Ich gebe auch zu, daß Herr Peyer in der Führung der Geschäfte eine gewisse Passivität an den Tag legte, die mit seiner Stellung nicht vereinbar ist. Er hatte die Pflicht, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Deutschen sich nicht an den inneren Wirren im Lande betheiligten. Daß er das nicht that, ist eine fast noch schwerere Verfehlung als seine passive Thätigkeit. Ich habe nunmehr Anweisungen ertheilt, daß er zum intensivsten und wirksamen Schutze der Deutschen verpflichtet, aber mit aller Entschiedenheit auch die Deutschen zu ermahnen hat, Ruhe und Frieden zu halten, weil sie, wenn sie das nicht thun, keinen Anspruch auf den amtlichen Schutz haben.

Und nun der Fall Ruhncke. Der Vorredner hat die Frage aufgeworfen, ob Ruhncke noch Deutscher ist. Die Frage ist zweifellos zu bejahen. Aber wenn derselbe sich in die inneren Streitigkeiten mischt und dort Kriegsdienste nimmt, so räumt er in demselben Maße dem fremden Lande Rechte über seine Person ein, in dem die deutschen Rechte an ihm sich vermindern. Und ich frage, wohin soll es führen, wenn wir solche Leute schützen wollten, wenn sie gegen ihre militärischen Oberen rebelliren. (Sehr wahr!) Was nun den Handelsvertrag Guatemala's mit den Vereinigten Staaten anlangt, so ist die Sache zu unserer Zufriedenheit geregelt worden. Entsprechend den von hier aus gegebenen Instruktionen wollen wir eine Vertretung im Auslande haben, die darauf achtet, daß dieselbe alle Zeit dem Deutschen, seiner Person und seinem Eigenthum noch, all den Schutz und die Hilfe zu Theil werden lasse, die möglich ist nach staatsrechtlichen Grundsätzen, und daß sie alles thun, was die Deutschen im Auslande fordern kann; sie wird bei Klagen, wenn sie gerechtfertigt erscheinen, sofort Abhilfe schaffen, unberechtigte Klagen aber natürlich nicht berücksichtigen.

Nun zum Schlusse noch eine kurze Bemerkung. Unsere Vertreter im Auslande können die ihnen zugewiesene Aufgabe allein nicht erfüllen, so wichtig auch die Persönlichkeit dabei ist. Das allein thut's nicht. Auch die Instruktionen von hier aus können nicht helfen, wenn sie auch noch so schön sind. Soll der Vertreter im Auslande friedlich und fruchtbringend wirken, im Interesse des deutschen Vaterlandes, so muß von Zeit zu Zeit ein Zeichen gegeben werden, daß hinter seiner Thätigkeit das deutsche Volk und das deutsche Land steht, und ein solches Zeichen ist die deutsche Flagge auf einem deutschen Kreuzer. Wir haben koloniale Pflichten übernommen und unseren Kreis von Jahr zu Jahr erweitert. Aber unsere Anforderungen an unsere Kreuzerflotte sind dem nicht gefolgt (Lachen links), und ich muß nach pflichtmäßiger Ueberzeugung hier offen aussprechen, daß der auswärtige Dienst seinen Verpflichtungen im Auslande nicht nachkommen kann und die Verantwortlichkeit nicht zu übernehmen in der Lage ist, wenn nicht in dieser Beziehung eine Abhilfe geschaffen wird. Die Marinebehörden thun alles, was in ihren Kräften steht, um berechtigten Wünschen zu genügen. Ich erinnere nur an unsere Marine, die unsere wichtigen schwer gefährdeten Interessen an der Delagoabay geschützt hat. Wir waren da gezwungen, das einzige Kriegsschiff unserer ostafrikanischen Station „Seeadler" dorthin zu senden. Ich mache darauf aufmerksam, daß an der westamerikanischen Küste nicht ein einziges deutsches Kriegsschiff sich befindet, obgleich in Peru ein Aufstand ausgebrochen ist und dort wichtige deutsche Interessen in Frage kommen. Dasselbe ist der Fall an der ostamerikanischen Küste. An der Küste des Ländchens Salvador ist seit mehr als 10 Jahren, seit August 1884, die deutsche Flagge nicht gesehen worden. Die Nachtheile und Gefahren, die daraus nicht nur für materielle, sondern auch für ideale Interessen entstehen können, liegen auf der Hand. Ich weise auch auf die großen Vortheile hin, die das Eintreten unserer Flotte bei dem Bürgerkriege in Chile und Brasilien im Gefolge hatte. Nur unserer Flotte haben wir es zu danken, daß dort unsere Interessen nicht gelitten haben. Wir bedürfen der Vermehrung der Kreuzer, weil es unsere Pflicht ist, in den fernen Ländern, wo sich Deutsche niederlassen, die deutsche Flagge zu zeigen, als Ermahnung für die Fremden und als Schutz für die Deutschen, zugleich aber auch als Symbol, daß sie festhalten sollen an der Einheit und am Deutschthum. (Beifall.)

Ein Antrag des Abg. Rickert auf Besprechung der Interpellation findet nicht die erforderliche Unterstützung. Damit ist die Interpellation erledigt.

Das Haus geht nunmehr über zur Interpellation des Abg. Frhrn. Heyl zu Herrnsheim:

Die unterzeichneten Mitglieder des Reichstages richten an die verbündeten Regierungen die Anfrage, welche Maßregeln auf Grund der am 24. November 1891 von dem Herrn Staatssekretär Dr. v. Boetticher abgegebenen Erklärung über die reichsgesetzliche Einrichtung von Handwerker- oder Gewerbekammern in Aussicht genommen sind.

Da sich Reichskanzler Fürst Hohenlohe namens der Regierung zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit erklärt, erhält zu ihrer Begründung das Wort

Abg. Frhr. Heyl zu Herrnsheim (nl., sehr schwer verständlich). Er giebt zunächst einen geschichtlichen Ueberblick über die bisherige Entwickelung und verweist besonders auf die blühenden Gewerbevereine in Süddeutschland. Gerade jetzt mache die Umwandlung der Industrie, die Verdrängung des Kleinbetriebes durch den Großbetrieb obligatorische Gewerbe- und Handwerkerkammern nothwendig, die namentlich den Schutz des Kleingewerbes gegen die Konkurrenz der Hausindustrie in die Hand nehmen müßten. Der Handwerkerstand sei in einer so mißlichen Lage, daß er der Unterstützung dringend bedürfe, wenn er den ihm obliegenden Kampf solle bestehen können. Politische Rücksichten kämen nicht in Frage. Er hoffe, daß die Interpellation die Errichtung obligatorischer Handwerkerkammern beschleunigen werde.

Staatssekretär v. Boetticher: Ich freue mich, daß der Vorredner sich mit seinen Anschauungen vollkommen in seinen letzten Zielen auf dem Boden der preußischen Regierung befindet. Wir streben an, dem Handwerk eine Organisation zu schaffen,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18950115012/fragment/page=0002

die es im Konkurrenzkampfe stärkt und eine Vertretung seiner Interessen ermöglicht, und vor allem auch eine Besserung im Lehrlingswesen herbeiführt. Aber die Dinge liegen nach ihrer ganzen Entwicklung noch nicht so, daß jetzt schon ein Gesetzentwurf vorgelegt werden kann. Es ist ja ein Plan zur Organisation des Handwerks veröffentlicht worden, aber derselbe hat im allgemeinen keine günstige Kritik gefunden, wenn auch einzelne lobende Kritiken gehört wurden. Die Vertreter des korporirten Handwerks haben sich positiv gegen diesen Vorschlag ausgesprochen. Aber auch auf die Ideen des korporirten Handwerks in Bezug auf die Organisation des Handwerks kann die Regierung nicht eingehen. Doch ist in diesem Jahre über einen neuen Vorschlag im Schoße der Regierungen verhandelt worden, indessen ist, wie gesagt, noch die Sache nicht so weit, daß ein Entwurf vorgelegt werden könne. Die aus dem Handwerkerstande heraus gemachten Vorschläge sind noch nicht zu übersehen und sind auch nur von dem korporirten Handwerke, den Innungen, das nur $^1/_{10}$ des ganzen Handwerk ausmacht, gemacht worden, allerdings einstimmig. Ich kann zugeben, daß es von 1849 bis 69 eine Periode gegeben hat, wo man dem Handwerk gegenüber eine andere Politik befolgt hat, aber ich muß doch darauf aufmerksam machen, daß schon der Große Kurfürst auf dem Reichstage zu Regensburg sich gegen die Innungen ausgesprochen hat. Die ganze preußische Politik ist von altersher dagegen, dem Handwerk irgend welche Fesseln anzulegen. Das preußische Staatsministerium hat nunmehr sich entschlossen, eine Untersuchung über die Verbreitung des Handwerks zu veranstalten. Man weiß jetzt nicht, was alles Handwerk und was nicht Handwerk ist; wir haben auch noch gar keine Uebersicht über das Gehilfen- und Lehrlingswesen. Ich muß zugeben, daß im Interesse des Handwerks, das etwas Greifbares in der Hand haben will und im Interesse der Regierungsvertreter, die nicht jedes Jahr, ohne auf diesem Gebiet weiter gekommen zu sein, vor den Reichstag treten wollen, eine baldige Regelung auf diesem Gebiete wünschenswerth ist. Und da freue ich mich, daß auch schon vor der Enquete über die Ausbehnung des Handwerks durch Gründung von Handwerkerkammern nach Analogie der Landwirthschaftskammern eine Abhülfe geschaffen werden kann. Nach dieser Richtung hin werden wir uns bemühen, etwas vorläufig zu erreichen. Wir müssen alle zusammen uns bemühen, zunächst durch Schaffung eines Gesetzes noch in dieser Session durch die Gründung von Handwerkerkammern dem Handwerke vorläufig zu helfen, ehe wir an die definitive Regelung der Handwerkerfrage herangehen (Beifall).

Ein Antrag des Abg. Hitze auf Besprechung der Interpellation wird angenommen, diese Besprechung aber auf Dienstag 2 Uhr vertagt.

Schluß 4 Uhr 45 Min.

Halle und Umgegend.

Halle, 15. Jan.

— [Die Stadtverordneten-Versammlung] vollzog gestern in ihrer öffentlichen Sitzung zunächst die Wahl der Kommissionen nach den Vorschlägen der Kommissions-Kommission, stimmte dann der Vergebung des Düngers aus dem städtischen Schlacht- und Viehhofe an den Gutsbesitzer Albert Oemisch in Nabaß zu und willigte in die Erstattung von veranlagten Trottoirsirirungskosten (627,70 M.) an den Rentner Julius Voigt. Hierauf wurde die Berathung der Kommunalsteuerreform fortgesetzt und beschlossen: Von der Einführung einer besonderen städtischen Gewerbesteuer wird zur Zeit abgesehen; die kommunale Besteuerung des Gewerbebetriebes erfolgt in Prozenten der vom Staate veranlagten Gewerbesteuer. Weiter wird in namentlicher Abstimmung beschlossen: Der Zuschlag zur Staats-Einkommensteuer wird auf 110 (der Magistrat beantragte 100) Prozent festgesetzt, die Höhe der städtischen Grundsteuer so bemessen, daß der Ertrag 120 (der Magistrat beantragte 130) Prozent der Steuersumme der Staats-, Grund- und Gebäudesteuer beträgt, die Steuer vom Gewerbebetriebe wird auf 120 (der Magistrat beantragte ebensalls 130) Prozent der vom Staate veranlagten Gewerbesteuer festgesetzt. Damit ist die erste Lesung der Kommunalsteuerreform zu Ende geführt. Zur Erledigung der laufenden Geschäfte wird die Stadtverordneten-Versammlung am nächsten Donnerstag zu einer außerordentlichen Sitzung zusammentreten und in der ordentlichen Sitzung am nächsten Montage sodann mit der zweiten Lesung der Kommunalsteuerreform beginnen.

Universitäts- und Hochschulnachrichten.

Marburg, 14. Jan. In der philosophischen Fakultät habilitirte sich Dr. Eugen Kühnemann mit einer Antrittsvorlesung über die Ethik des deutschen Idealismus.

Kiel, 14. Jan. Professor Dr. Ferdinand Mühlau in Jurjew (Dorpat) wurde zum ordentlichen Professor der theologischen Fakultät zu Kiel ernannt.

Gerichtsverhandlungen.

Mannheim, 14. Jan. Das Urtheil der Strafkammer gegen Richard Traumann lautet, der „Neuen Badischen Landesztg." zufolge, auf 2 Jahre 3 Monate Gefängniß wegen Untreue. Wegen Anstiftung zur Untreue erhielten Wilhelm Maas 3 Jahre 3 Monate Gefängniß, Dr. Max Maas 2 Jahre 2 Monate, Eugen Maas 1 Jahr 2 Monate Gefängniß, einschließlich der bereits gegen Alle wegen Bankerotts erkannten Strafen; außerdem wurde gegen Jeden auf eine Geldstrafe von 150 M. erkannt.

Antwerpen, 14. Jan. [Prozeß Jonlaux.] Der Gerichtshof, welcher die Untersuchung der drei Leichen gestellt hat, erklärte, betreffs der Leichen von Leonie Ablay und van de Kerkhoven keine formelle Entscheidung abgeben zu können, Gift sei in denselben nicht gefunden worden, doch sei bei beiden der Tod nicht auf die angegebene Ursache zurückzuführen. Hingegen erläre er ohne Vorbehalt, daß Alfred Ablay an Vergiftung gestorben ist. (Lang andauernde Bewegung.)

Lüttich, 14. Jan. [Anarchistenprozeß.] Vor dem Schwurgerichte begann heute die Verhandlung gegen die 16 Anarchisten, welche wegen der im April und Mai 1894 dahier verübten Dynamittattentate angeklagt sind. 25 Gendarmen und zahlreiche Polizeigenten halten die Ordnung aufrecht. Alle Zugänge zum Gerichtsgebäude sind sorgfältig bewacht. Die Angeklagten Jagolkowsky (alias Baron Ungern-Sternberg) und Vlegen sind nicht erschienen. Nachdem sich der Gerichtshof gebildet hatte, brachte der Gerichtsschreiber die Anklageschrift zur Verlesung.

Provinzial-Nachrichten.

Erfurt, 14. Jan. [Das hiesige Regierungs-Gebäude] soll eine Erweiterung erfahren. Aus diesem Grunde dürfte bereits eine Summe im Etat für 1895/96 ausgeworfen sein. Das Gebäude hat sich schon längst als nicht ausreichend erwiesen, so daß ein Erweiterungsbau wohl begründet erscheint.

✝ **Oschersleben**, 14. Jan. [Landrath.] Der Regierungs-Assessor von der Schulenburg hier ist zum Landrath ernannt worden.

* **Eisleben**, 14. Jan. [Die goldene Hochzeit] feierte am Sonnabend das Schuhmachermeister Schelsky'sche Ehepaar. Beide Eheleute sind körperlich wie geistig noch sehr rüstig.

R. **Eckartsberga**, 13. Jan. [Unglücksfall.] Beim Steinefaufladen verunglückte hier gestern nachmittag der Einwohner Stäps aus dem nahen Dorfe Seena. Er wurde von einer herabstürzenden Steinmasse verschüttet und erschlagen, so daß alsbaldige Hilfe sein Leben nicht retten konnte. Er hinterläßt seiner Wittwe zwei Kinder.

Vermischtes.

Sächsische Ausstellung. Wie aus Dresden gemeldet wird hat der Minister des Innern v. Metzsch das Ehrenpräsidium der im Jahre 1896 in Dresden stattfindenden Ausstellung des sächsischen Handwerks und Kunstgewerbes übernommen.

Hinrichtung. In Breslau wurde am 14. Januar im Hofe des Justizgefängnisses morgens 8 Uhr der Arbeiter Valentin Liß, ein 27 Jahre alter russischer Unterthan, durch den Scharfrichter Reindel enthauptet. Liß hatte, wie seiner Zeit gemeldet, auf der Feldmark von Groß-Vogul (Kreis Wohlau) seine Braut, die Dienstmagd Marianne Kulla, ermordet, weil er eine Wittwe heirathen wollte. Die Verurtheilung durch das Schwurgericht war zweimal erfolgt, weil das Reichsgericht das erste Todesurtheil wegen eines Formfehlers aufgehoben hatte.

Letzte Telegramme.

Berlin, 15. Jan. In der Geschäftsordnungskommission des Reichstages hob Präsident v. Levetzow hervor, der Ton in der Reichstagsdebatte sei verschoben, indem häufiger als sonst staatliche Einrichtungen, politische Parteien und Abwesende beleidigt würden, man sich auch nicht scheue, die Person des Kaisers in die Debatte zu ziehen. Der Vorsall in der ersten Sitzung veranlaßte ihn sofort, mit den Kollegen im Präsidium zu Berathungen zu schreiten. Er habe versucht, den Antrag des Staatsanwalts gegen Liebknecht zu hintertreiben. Die bisherigen Disciplinarmittel seien unzureichend. Er wünsche ein wirksameres Disciplinarmittel, welches das Haus zu beschließen habe, Herabsetzung der Beschlußfähigkeitsziffer in Geschäftsordnungsfragen und Rüge für die entschuldigungslos fehlenden Abgeordneten. Singer bestreitet das Bedürfniß, gegen den Ton im Reichstag verschärfende Maßregeln zu ergreifen. Mit anderen Ländern verglichen, gehe es im Reichstage verhältnißmäßig ruhig zu. Die Abgeordneten bedürften des Schutzes gegen die Bundesrathsmitglieder. Die Fehlenden würden durch den Namensaufruf genügend gekennzeichnet. Bachem (Centrum) ist geneigt, den Ton des Hauses zu verbessern. Ausschließung sei nur durch eine Verfassungsänderung möglich. Gamp ist für die Verschärfung der Disciplinarmaßregeln. (Die Sitzung dauert fort.)

Reichenberg, 15. Jan. Eine Feuersbrunst äscherte die Eisengießerei, Maschinen- und Kesselfabrik von Jung und Rachel in Rothenthal ein. Etwa 100 Arbeiter sind brotlos, der Schaden beträgt ca. 200,000 Gulden.

Leoben, 14. Jan. Gestern abend brannte die Brauerei Göß, namentlich die Malzdarre zum Theil nieder; der Schaden wird auf 200,000 Gulden geschätzt; der Betrieb ist nicht gestört.

Wien, 14. Jan. Heute abend fand bei dem deutschen Botschafter Grafen zu Eulenburg ein Empfang statt.

Paris, 14. Jan. Die heute früh eingeleitete Untersuchung über die Explosion in der Rue Monceau hat bisher noch zu keinem Ergebniß geführt. Die Polizei hat noch kein Anzeichen, das auf die Spur des Urhebers der Explosion führen könnte. In der Polizeipräfektur glaubt man, daß es sich eher um einen gefährlichen Scherz, als um ein anarchistisches Attentat handelt.

London, 14. Jan. Auf einem Kohlenwerke in der Nähe von Audley erfolgte ein Wasserdurchbruch, während 200 Bergleute in dem Bergwerke beschäftigt waren; bis 5 Uhr nachmittag waren 150 gerettet, man befürchtet, daß 20 Bergleute, welche in den untersten Gruben arbeiteten, ertrunken sind.

Petersburg, 14. Jan. In dem Gouvernement Kaluga wurden 22 Personen der Zugehörigkeit der vom Gesetz verfolgten Sekten der Skopten und der Chlysti überführt. Der in der Stadt Dawusta bevorstehende Prozeß, zu dem 200 Zeugen geladen sind, verspricht hochinteressante neue Aufschlüsse über diese Irrlehren zu liefern. Der Hauptangeklagte ist ein reicher Grundbesitzer.

Börse zu Halle am 15. Januar.

Preise mit Ausschluss der Maklergebühr für 1000 kg netto.

Weizen, fest, 119—127 M., alter und feinster märkischer über Notiz, Raubweizen 115—124 M.

Roggen, fest, 115—120 M.

Gerste, ruhig, Brau- 135—158 M., feinste feinfarbige bis 170 M., Futtergerste 100—115 M.

Hafer, ruhig, 114—132 M.

Mais, amerikan. Mixed, —,— M. **Donaumais** 119—125 M.

Raps —,— M. **Sommerrübsen** —,— M. **Erbsen, Viktoria-**, ruhig, 145—160 M.

Preise für 100 kg netto.

Kümmel, ausschl. Sack, ohne Angebot. **Stärke**, einschl. Fass, **Hallesche Weizenstärke** 32,00—34,00 M., nach Qualität bezahlt. **Maisstärke**, einschl. Fass, 31,50—32,50 M. **Linsen** 16—30 M. **Bohnen** 19—22 M. **Kleesaaten**: —,— Rothklee 118—126—132, **Mohn**, blau, ohne Handel, grau —,— M.

Futterartikel ruhig. **Futtermehl** 11,00 — 11,50 M. **Roggenkleie** 7,50—8,25 M **Weizenschalen** 6,50 bis 7,00 M. **Weizengrieskleie** 6,50—7,00 M. **Malzkeime**, helle, 9,00—10,00 M., dunkle 7,00- 8,00 M. **Oelkuchen** 10—10,50 M.

Malz 25,50—27,50 M. **Rüböl** 43,25 M.

Petroleum 20,00 M. **Solaröl** 0,825/900 11,50 M.

Spiritus, 10,000 Liter-Proz., still, Kartoffel- mit 50 M. Verbrauchsabgabe 52,20 M., mit 70 M. Verbrauchsabgabe 32,50 M., **Rüben**- —,— M.

Weizenmehl 00 brutto incl. Sack 19,00—20,00 M. **Roggenmehl** 01 brutto incl. Sack 16.50—17,50 M.

Wasserstände. († bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.					Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	13. Jan.	—	14. Jan.	—	—	—
Weissenfels, Oberpegel	»	†2,44	»	†2,40	4	—
do. Unterpegel	»	†0,30	»	†0,22	8	—
Trotha	14. Jan.	†2,02	15. Jan.	†2,02	—	—
Alsleben, Oberpegel	13. Jan.	†2,32	14. Jan.	†2,32	—	—
do. Unterpegel	»	†1,55	»	†1,54	1	—
Bernburg	»	†1,10	»	†1,21	—	11
Kalbe, Oberpegel	»	†1,64	»	†1,64	—	—
do. Unterpegel	»	†0,68	»	†0,66	2	—

Moldau. Iser. Eger. Elbe.	Jan.	Fall	Wuchs		Jan.	Fall	Wuchs
Budweis	13.—0,64	2	—	Torgau	14.—0,07	—	—
Prag	»	—	—	Wittenberg	» †0,52	—	—
Jungbunzlau	» —0,06	2	—	Rosslau	» †0,01	1	—
Laun	» —0,35	1	—	Barby	» †0,56	—	2
Pardubitz	» —	—	—	Magdeburg	» †0,65	5	—
Brandeis	» —	—	—	Tangermünde	» †1,18	—	—
Melnick	» —	—	—	Wittenberge	» †1,06	4	—
Leitmeritz	» —	—	—	Domitz Pegel	13. †0,60	5	—
Aussig	14.—0,35	—	—	Lauenburg	14. †0,82	5	—
Dresden	» —1,50	32	—				

Berliner Börse vom 14. Januar.

(Ergänzung zu den Notirungen im gestr. Abendblatt.)

Deutsche Fonds u. Staatspap.		
Bad. Staats-Eis.-Anl.	4	105,90ba
Bairische Anleihe	4	106,20G
Braunschw. 20 Thlr.-L.	—	106,50ba
Köln-Mind. Pr.-Anth.	3½	136,50bzB
Hamb. 50 Thlr.-Loose	3	138,25B
Meininger 7 fl.-Loose	—	24,90ba
Oldenb. 40 Thlr.-Loose	3	126,50ba

Ausländische Fonds.		
Barletta 100 Lire-Loose	—	33,60ba
Freiburger 15 Fr.-Loose	—	28,25ba
Mailänder 10 Lire-Loose	—	13,90B
Mexikaner Anl. à 100.	6	72,20ba
do. à 20.	6	75,30ba
Oesterr. 1860er Loose	5	156,25ba
Rumän. 5% Anl. 81 fd.	5	103,40G
Russ. Präm.-Anl. 1864	5	— —
do. 1866	5	— —
Spanische Exteriores	4	— —
Türkische Anleihe	1	— —
do. Administr.	5	99,30ba
do. 400 Frcs.-Loose	—	112,90ba
Ungarische Gold I.-A.	4½	103,90bzG

Deutsche Hypoth.-Pfandbriefe		
Anhalt-Dessauer Pfdbr.	4	103,50B
G. Gr.-K.-B. IV. rz. 110	3½	— —
do. V. rz. 100	3½	100,50bzB
do. VI. rz. 100	4	104,00bzB
do. VII. unkb. b. 1903	4	— —
Deutz. Grundsch.-Obl.	4	101,30bzG
do. do. V./VI.	4	104,60bzG
Deutz. Hyp.-B.-Pfdbr.	4	103,70bzG
Hamb. Hyp. rzb. à 100	4	101,50ba
do. unkdb. bis 1900	4	104,60ba
Meckllb. Hyp.-W.-Bank	4	102,90B
do. do.	3½	— —
Meininger Hyp.-Pfdb.	4	102,25ba
do. II. unkdb. bis 1900	4	105,25bzG
do. Präm.-Pfdbr.	4	135,25bzG
Nordd.-Gr.-Cred. Pfdb.	4	101,30G
Pomm. Hyp.-B. III. IV. neue rz. 100	4	101,70G
do. V./VI. b. 1900 unk.	4	103,10bzG
do. VII. VIII. 1904 uk.	4	105,50bzG
P.B.-C.-Pfd. I. II. rz. 110	5	116,10G
do. III., V. u. VI. rz. 100	5	109,10G
do. XIII. rz. 100	4	105,20G
Pr. Centrb.-Pfdb. rz. 100	4	100,70G
do. do. 1890	4	105,50bzG
do. do.	3½	101,00bzG
Pr. Hp.-A.-B. VII-XII.	4	101,70bzG
do. do. XV-XVIII.	4	104,60bzG
Pr. Hp.-V.-A.-Gs.-Cert.	4	102,25ba
do. do. 1905	4	105,60bzG
Pr. Hp.-V.-A.-Gs.-Cert.	3½	100,50ba

Eisenbahn-Stamm-Aktien.		
Buschtiehrader B.	10½	264,60G
Halberst.-Blankenb.	5¼	118,00bzG
Ital. Meridional-Eb.	6⅜	123,00B
Jura-Simpl. kv. Westb.	0	84,60ba

Deutsche Eisenb.-St.-Prior.		
Breslau-Warschau	1½	62,00bzG
Dortmund-Gronau-E.	4¾	140,75ba
Marienb.-Mlawkaw	5	122,00bzG
Ostpreuss. Südbahn	4½	118,50bzG
Saalbahn	4¾	110,40bzG
Weimar-Gera	4	97,50bzG

Ausländ. Eisenb.-Stamm- u. Stamm-Prior.-Aktien.		
Ungar.-Galiz. (gar.)	5	— —
Ital. Meridionaux	6⅜	122,90ba
do. Mittelmeerb. stfr.	5⅜	93,10bz

Deutsche Eisenb.-Prior. Oblig.		
Mainz-Ludw. 75, 76, 78	4	103,75G
do. v. 1890	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4½	— —
Saalbahn	3½	— —
Weimar-Geraer	4	— —
Werrabahn	4	— —

Eisenb.-Prior.-Obligationen.		
Ital. Eis.-Obl. v. St. gar.	3	52,80bzG
do. Mittelmeerb. stfr.	4	88,50B
Lemberg-Czernowitzer	4	96,10G
Oest.-Frz. Staatsb., alte	3	93,00bzG
do. do. Ergänzungsn.	3	90,80bzG
do. do. Gold-Pr.	4	103,40G
Oesterr. Lokalbahn	4	101,80B
do. Nordwestbahn	5	108,40G
Südöster. Bahn (Lomb.)	3	70,50G
do. Obligationen	5	108,00bzG
Ungar. Nordostbahn	5	105,30G
do. do. Gold-O.	4½	105,40G
do. Eisenb.-Silb.-A.	4½	101,10G
Iwangorod-Dombr gar.	4½	104,90ba
Kosl.-Woronesch Obl.	4	101,00bzG
K.-Chark.-Asow (Obl.)	4	101,10bzG
Kursk-Kiew	4	102,10ba
Mosco-Kursk	4	— —

Zt.	M.		Zt.	M.	
3 Sächs. Rent.-Anl.	M.1 ausgeb. Stück	98,00G	4 Mansf. Gew. 1882	500	99,75B
3 do.	1000	96,00G	4½ do. 1879		99,75G
3 do.	500	96,00G	4 do. Em. 1875		99,75G
	Thlr. 30.		4 Lpz. Stadtobl. 1884		104,50G
3½ Staatsanl. 1855	100	97,25G	4½ do. do. 1876		104,70G
3½ do. 67 kv. 4%	500	103,00G	3½ Altb. Landoblig	1000	103,00B
3½ Landrentenbr.	500	100,25G	3½ do. do.	5000	103,00G

Div.	Eisenb.-Stamm-Akt.	
5,97	Altenburg-Zeitz	240,00G
72 fl.	Aussig-Tepl. 500 fl.	350,25G
8	Böhm. Westb. (5%)	198,60G
10	Buschtehrad. Lit. A.	266,00G
10	do. do. B.	266,00G
10 fl.	Galiz. K.-Ludw.-B.	167,00ba
6	Graz-Köflach.	134,00G
0	Saalbahn	35,25B
0	Weimar-Gera	17,75G
1,15	Werrabahn	63,50G

Div.	Eisenb.-St.-P.-Akt.	
6,8	Altenburg-Zeitz	214,50G
2½ fl.	Dux-Bodenb. Lit. A	131,25G
2½ fl.	do. do. B.	131,25G

Div.	Bank- u. Kredit-Akt.	
8	Allg. D. Kr.-A. Lps.	191,25bzG
5½	Dresdener Bank	159,00B
5⅔	Gothaer Privatb.	118,00G
6	Leipziger Bank	127,00bzG
6	Sächs. Bank	120,25B
4	Zwickauer	98,25G

Div.	Ind.-Aktien, Fr. und Stamm-Prior.	
6	Chemn. Werkz.-M.-Fabr. (Zimmerm.)	118,25ba
4	Crölln. Papierfabr.	— —
—	4% do. Schildvschr.	100,75G
1½	Dörstewitz-Raffm.	54,00B
2	D. W. M. (Sondermann & Stier) Vorz.-A.	70,25G
4½	Gerser Jutesp. u. W.	103,25G
2	Germania (Schw. & Sohn)	122,75G
0	Hallesche Str.-B.	92,00G
1½	Kette Elba-G.-Akt.	81,75G
7	Körbisd. Zuckerfb.	92,00G

Div.	Ind.-Aktien, Ausl.	
5	Leipz. Baubank	84,00G
10	do. Bierb. Reudn., v. Riebeck & Co.	192,50G
8	Lpz. Kammgarnsp.	— —
5½	do. Maschf. Schickend.	146,00G
0	Mansfelder Kuxe p St. M.	255,00G
3⅔	Sächs. Kamm.-Sp. (Solbrig)	80,00G
7	Sächs. Masch.-Fab. (Hartmann)	151,00G
12	Sächs. Webstuhl-Fabr. (Schönherr)	207,00B
9½	Thür. Gasges. Lpz.	178,50G
9½	do. Stamm-Pr.	178,00G
6½	S.-Thür. Br.-V. St.	— —
6½	do. St.-Prior.	— —
4	Zeitzer Par. u. S.-A.	76,00G
—	do. do. Oblig.	105,50G
5	Westeregeln, Part.-Oblig.	104,60G
6½	Zuckerfab. Glauzig	95,00G
12	Zuckerraff. Halle	142,50bzG

%	Ausl. Eisenb.-P.-Obl.	
4	Aussig-Teplitzer	103,80G
5	Böhm. Nordbahn	103,75G
4	do. do. Gold	103,20G
5	Buschtehr. B Ndw.	107,00G
5	do. Em. 1871	107,00G
5	do. do. 1872	107,00G
4½	do. Gold	103,60G
5	Dux-Bodenbach	104,25G
5	do. Em. 1871	104,25G
5	do. do. 1874	111,25B
4½	Graz-Köflacher	100,00G
5	do. Em. v. 1871 u. 72	101,25G
5	Kaschau-Oderberg	96,25G
4	Prag-Dux Gold	103,30G
5	do. do. Gold	115,00G
5	Prag-Turnau	103,75G

Bergwerks- u. Hütten-Ges.		
Anhalter Kohlenwerke	4½	— —
Baroper Walzwerk	0	59,10bzG
Berzellus	9	117,00bzG
Consolidat. Bergw.-G.	8	— —
Consol. Marie	0	47,25B
Duxer Kohlen kon.	12	181,50ba
Gelsenkirch. Gusstahl	12	75,00bzB
Georg-Marien-St.-A.	5	— —
do. St.-Pr.	4	101,10G
Harzer Eisenw. konv.	0	2,50bzG
do. do. St.-Pr.	0	— —
Hugo Bergwerk	7	— —
Inowrazlaw, Steinsalzb.	1	52,00bzG
Kattowitzer	8	143,00bzB
Königin-Marienhütte	½	55,75bzG
König Wilhelm conv.	3	118,80bz
do. St.-Pr.	8	— —
Leopoldsgrub. Edderitz	4½	93,00bzG
Rheinische Stahl Lit. C.	10	161,10bzG

Oblig. v. Indust.- u Bergw.-Ges.		
Allg. Elektr.-Gesellsch.	4	103,00G
Aschersleb. Kaliwerke	5	— —
Bochumer Gusstahl	4	— —
Dessauer Gas	4½	109,90G
Dortmunder Union	5	111,40bzB
Gr. Berl. Pferdeb. Lu. II.	4	100,25G
Hamb. Packetfahrt	4	101,40G
Laurahütte	4½	104,10G
Naphta-Obligationen	6	— —
Norddeutscher Lloyd	4	101,25G
Oberschl. Eisen-Ind.	4½	103,50bzG
v. Tiele-Winkler	4	— —
Westf. Gruben-Verein	5	— —
Zoologischer Garten	5	105,50B

Leipziger Börse, 14. Januar

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18950115012/fragment/page=0003

Für Kapitalisten.

Am 16. Januar 1895 früh 9 Uhr kommt in **Merseburg, Amtsgericht, Poststraße 1,** Zimmer 37 zur Versteigerung: **Das Schreiner & Friedland'sche Grundstück, Flur Kirchfährendorf, 10 Minuten vom Bahnhof Corbetha.** Werth der Gebäude: Brandkasse 26,000 Mk., hierzu 20 Morgen Feld, darunter ein Thonlager, besonders zur Kachel-Anfertigung geeignet, auf 60,000 Mk. Werth von Sachverständigen taxirt. — Mit für 30—40,000 Mk. zu erstehen. (ad

---

Trauringe

beste Bezugsquelle

J. Essig Nachf.

Großes Lager in Double, 8- und 14kar., alle Weiten vorräthig, massiv Gold, per Stück von 4 M. an, sowie ganz breite Ringe sehr preiswerth.

Eigene Anfertigung.

Pianino w. gebr. sehr preisw. z. verk. **B. Döll, An der Universität 1.**

1895 AMSTERDAM. WELT-AUSSTELLUNG

für Hôtel- und Reisewesen (ad

Unter dem hohen Protectorat Ihrer Maj. der Königin-Wittwe, Regentin der Niederlande
Eröffnung 1. Mai. Schluss 1. November. Anmeldefrist bis 1. Februar 1895.

Programme und jede nähere Auskunft durch das General-Secretariat für Deutschland, Herrn ARTHUR VRANCKEN, Köln, sowie in Frankfurt a/M. durch den Holländischen General-Consul, das Bureau der Handelskammer und das Comité für Mittel- u. Süddeutschland z. H. des Herrn ANDRÉ M. MARCK, Langestr. 20

Grosse Trierer Geld-Lotterie.

110,000 Loose — 17,265 Gewinne.
Ziehung I. Cl. 14.—15. Februar cr. — II. Cl. 8.—10. April cr.

Hauptgewinne ev. 500,000

1 Prämie 300,000, 1 200,000,

1 100,000, 1 50,000, 40,000, 30,000, 25,000, 20,000 etc.

baares Geld ohne jeden Abzug.

Originalloose hierzu zur

I. Classe so lange der Vorrath reicht	1/1	1/2	1/4	1/8	Porto u. Liste beide Classen 50 Pfg.
	22,40	11,20	5,60	2,80	
Volloose für beide Classen gültig	1/1	1/2	1/4	1/8	
	40	20	10	5	

Um die Bestellungen prompt ausführen zu können, werden dieselben sofort erbeten an (ad

M. Fraenkel jr., Bankgeschäft, Berlin SW., Friedrichstr. 30.

Sackhalter

Preis 12 Mark.

Prakt. Apparat zum **Stopfen oder Füllen der Säcke.** Der Sack wird eingespannt, die Sacköffnung präsentirt sich rund, frei und offen. (ad

Oscar Krieger, Maschinen-Fabrik, **Dresden F.**

Gänsefedern 60 Pfg.

neue (gröbere) per Pfund: **Gänseschlachtfedern,** so wie dieselben von der Gans fallen, mit allen Daunen Pfd. 1,50 M., **fertige gut entstaubte Gänseschlachtdaunen** Pfd. 2 M., **beste böhmische Gänsehalbdaunen** Pfund 2,50 M., **russische Gänsedaunen** Pfd. 3,50 M., **prima weiße Gänsedaunen** Pfund 4,50 M. (von letzteren beiden Sorten 3 bis 4 Pfd. zum großen Oberbett völlig ausreichend) versendet gegen Nachnahme (frägt unter 10 M.)

Gustav Lustig, Berlin S., Oranienstr. 46. Verpackung wird nicht berechn.
Viele Anerkennungsschreiben.

Königliche Maschinenbauschulen

zu Dortmund (Westfalen).

Am 11. März 1895 beginnen die **neuen Lehrkurse** der Abtheilung I: **Königliche technische Mittelschule für Maschinenbau.** Der in diese höhere Fachschule Aufzunehmende muß im Besitz des einjährigen Dienstrechtes sein und praktisch gearbeitet haben. — Abtheilung II: **Königliche Werkmeisterschule für Maschinenbauer, Schlosser, Schmiede und Hüttenleute.** Aufnahmebedingungen: Gute Volksschulbildung und vierjährige praktische Arbeitszeit. — Beide Abtheilungen gehören zu denjenigen technischen Schulen, deren **Reifezeugnisse** bei der Bewerbung um mittlere technische Beamtenstellen im Preußischen Staatsdienst von den staatlichen Behörden vorzugsweise als Nachweis einer ausreichenden Fachbildung angesehen werden. Nähere Auskunft durch den **Direktor Göbel.** (ad

---

Frauen-Industrie- u. Kunstgew.-Schule

Halle a/S. Beesstraße 6. am Mittelpunkt.

Unterricht in allen einfachen und feinen **neuesten Kunsthandarbeiten,** auch **Kunststicken** auf **Nähmaschinen** neuen Systems; **Wäsche** und **Kleideranfertigen,** theoretisch und praktisch.
Mal- und Zeichen-Unterricht einschließlich **Perspective.**
Meldungen nimmt entgegen die Vorsteherin **E. A. Kiehling.**

Ambulatorium für Krankheiten der Haut u. der Harnwege

Halle, Gr. Steinstr. 77/78, I.

Sprechstunden: **8—10 Vorm., 6—7 Nachm.,** Sonntags **10—11.** **Unbemittelte** erhalten ausser freier Berathung **unentgeltlich** Arzenei und Verband. (s

Dr. med. E. Kromayer, Privatdocent an der Universität.

Cotillon- und Carneval-Artikel.

Man verlange Preisbuch. (ad

Gelbke & Benedictus, Dresden.

Aerztlich empfohlen!

Trinkt **Cibils Bouillon!**

Ueberall käuflich! (ad

Zur Conservirung des Schuhwerks

empfehle meinen seit Jahrzehnten anerkannt besten

Gummithran.

Albert Schlüter Nachf., Georg Uber,
Große Steinstraße 6. (s

Ein Paar Litthauer Pferde

(Rappen), 4 und 8 Jahre alt, zugfest, stehen preiswerth zum Verkauf.

Gebr. Friedmann,
Halle a/S., Marienstraße 24. (r

Von Donnerstag den 17. d. Mts. ab steht ein größerer Transport der besten Bayerischen Zugochsen sehr preiswerth bei uns zum Verkauf.

Gebr. Friedmann,
Halle a/S., Marienstraße 24. (r

Einziges und größtes Specialgeschäft am Platze.

Billigste Bezugsquelle emaill. Kochgeschirre.

Wir empfingen ein großes Fabriklager emaillirte, sehr dauerhafte große

Wassereimer à St. 1 M. 25 Pfg.,

sowie **Kochtöpfe, Aufwaschwannen, Bratpfannen, Kaffeekannen, Wasserkessel, Teller, Tassen, Essenträger, Waschbecken Nachtgeschirre** zu

staunend billigen Preisen.

Auf mehrere compl. Kücheneinrichtungen machen wir ganz besonders aufmerksam. (d

Haupt-Geschäft: **Leipz. Str. 84** am Thurm. **Burghardt & Becher.** Filiale: **Olearius-Str. Ecke** neb. d. städt. Leihh.

Gasglühlicht.

Glas-Stab-Schutzcylinder
D. R. G.-M. 29047.

Neueste vollkommenste Erfindung.

Patente in allen Culturstaaten angemeldet resp. bereits erhalten.

Unübertroffen!

Unentbehrlich für Gas- u. Gasglühlicht.

Kein Springen der Cylinder, kein Verletzen der Glühkörper. Der Glühkörper erhält erhöhte Leuchtkraft und längste Brennbauer. Auf schadhaften Glühkörpern ohne Gefahr des Springens zu verwenden.

Alleinige Fabrikanten:

Günther & Heyner, Stettin.

Vertreter für alle Plätze gesucht. (ad

Echt Petersburger Gummischuhe u. Pelzstiefeln

anerkannt bestes Fabrikat, für Damen, Herren und Kinder, hält stets größtes Lager und empfiehlt zu billigsten Preisen (r

F. A. Dietze, Schmeerstraße 23.

Liebig Company's Fleisch-Extract

NUR ÄCHT, wenn jeder Topf den Namenszug J. v. Liebig in blauer Farbe trägt. (ad

---

Deutscher

Levante-Verkehr

über Hamburg seewärts.
Billigste Route bei prompter Bedienung.

Directe Frachtsätze (per 100 Kilos ohne Nebenkosten) laut veröffentl. Tarifen v. Stationen der Kgl. Preuß., Kgl. Sächs., Kgl. Bayr., Großh. Badischen u. d. Großh. Oldenburg. Staatseisenbahnen, d. Saar-Eisb., d. Werra-Eisb., d. Pfalz. Eisb., d. Hess. Ludwigs-Eisb., d. Main-Neckar-Bahn, d. Eisb. in Elsaß-Lothringen u. d. Neuhaldensleber Eisb. nach: **Alexandrien, Piräus, Syra, Smyrna, Salonik, Konstantinopel, Varna, Galatz-Braila, Odessa,** sowie n. Stat. d. **Oriental.** u. **Bulgar.** Eisenbahnen. (ad

Nähere Auskunft ertheilen die betreffenden Eisenbahn-Güter-Expeditionen, sowie in allen Fällen die

Telegr.-Adr.: Bantele. **Deutsche Levante-Linie in Hamburg.**

BRANDT'S SCHWEIZER PILLEN · APOTHEKER RICH. BRANDT · Gesetzl. Rich. Brandt's Signatur

erprobt u. empfohlen von den Herren Professoren

Prof. Dr. Brandt, Kinsendung.
„ „ Delffs, Heidelberg.
„ „ Eichhorst, Zürich.
„ „ Emmert, Bern.
„ „ Frerichs (†), Berlin.
„ „ Gairdner, Glasgow.
„ „ v. Gietl (†), München.
„ „ Forster, Birmingham.
„ „ Freund, Straßburg i. E.
„ „ v. Hebra, Wien.
„ „ Hertz, Aachen.
Generalarzt Dr. Henrici, Posen.
Prof. Dr. Hirsch, Berlin.
„ „ Kohlschütter, Halle a. S.
„ „ Korczynsky, Krakau.
„ „ Lambl, Warschau.
„ „ Lücke, Straßburg i. E.
„ „ Martins, Rostock i. M.
„ „ v. Nussbaum (†), München.
„ „ v. Rokitansky, Innsbruck.
„ „ Reclam (†), Leipzig.
„ „ Schaaffhausen, Bonn.
„ „ I. Soederstädt, Kasan.
„ „ Spencer, Bristol.
„ „ Stintzing, Jena.
„ „ v. Stoffella, Wien.
„ „ Virchow, Berlin.
„ „ v. Scanzoni, Würzburg.
„ „ Witt, Copenhagen.
„ „ Zdekauer, St. Petersbg.

☞ Man lasse sich die Broschüre mit den ausführlichen Professorengutachten und den Briefen von einigen Hundert practischen Aerzten, den Analysen der Chemiker ꝛc. kommen. **Pf.**

— Keinem denselben Zwecken dienendem Präparat, welcher Art es auch sei, haben jemals solche Empfehlungen zur Seite gestanden. —

Apotheker

Richard Brandt's Schweizerpillen

sind heute in der ganzen Welt, sowohl von der Wissenschaft als dem Publikum als **sicher** und **unschädlich** wirkendes, **angenehmes** und dabei **so billiges**

Haus- und Heilmittel bei Störungen in den Unterleibsorganen,

trägem Stuhlgang, zur Gewohnheit gewordener Stuhlverhaltung u. daraus entstehenden Beschwerden, wie: Leber- u. Hämorrhoidalleiden, Kopfschmerzen, Schwindel, Athemnoth, Herzklopfen, Beklemmung, Appetitlosigkeit, Blähungen, Aufstossen, Blutandrang nach Kopf und Brust ꝛc. hochgeschätzt.

Apotheker

Richard Brandt's Schweizerpillen

sind wegen ihrer milden Wirkung als

Blutreinigungsmittel

sehr beliebt und werden auch von **Frauen** gern genommen, welche sie den **scharf wirkenden** Salzen, Bittersprüssern, Tropfen, Mixturen ꝛc. vorziehen.

Man schütze sich beim Ankaufe

vor Fälschungen und verlange stets Apotheker **Richard Brandt's** Schweizerpillen, welche in fast jeder Apotheke à Schachtel Mk. 1.— erhältlich u. als Etiquette ein weißes Kreuz in rothem Felde wie obenstehende Abbildung tragen muß!

Die Bestandtheile der Ächten Apotheker Richard Brandt'schen Schweizerpillen sind Extracte von: Silge 1,5 Gr., Moschusgarbe, Aloe, Absinth je 1 Gr., Bitterklee, Gentian je 0,5 Gr., dazu Gentian- und Bitterkleepulver in gleichen Theilen und im Quantum um daraus 50 Pillen im Gewicht von 0,12 herzustellen.

Für den Anzeigentheil verantwortlich: W. König in Halle. Halle, Druck und Verlag von Otto Hendel. Mit Unterhaltungsblatt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18950115012/fragment/page=0004